



# Zweites Genderranking deutscher Großstädte

Prof. Dr. Lars Holtkamp, Dr. Elke Wiechmann, Jan Pfetzing

FernUniversität Hagen, Institut für Politikwissenschaft, April 2010  
Studie im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung

## Vorwort

Nach einem Superwahljahr 2009, in dem in nahezu allen deutschen Großstädten die Karten neu gemischt wurden, liegt die Frage auf der Hand, ob sich im Vergleich zum ersten Genderranking 2008 der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten verändert hat. Während in Ländern wie Norwegen dieser Vergleich schon eine lange Tradition hat, um einen Wettbewerb zwischen den Kommunen zur stärkeren Berücksichtigung von Frauen und Fraueninteressen zu initiieren, fehlen hierzu in Deutschland die Vorbilder.

Das aktualisierte Ranking der deutschen Großstädte will ein solches Vorbild bieten und eine solche Tradition etablieren helfen. Das Ranking macht deutlich, dass sich seit 2008 viel getan hat, auch wenn Frankfurt a.M. Spitzenreiter und Salzgitter Schlusslicht geblieben sind. So kletterte Stuttgart ganze 36 Plätze nach oben und landet jetzt auf Platz 2 des Genderrankings. Größter Verlierer ist Mühlheim an der Ruhr mit einem Abstieg von Platz 15 auf Platz 60.

Das aktualisierte Genderranking, das ein politikwissenschaftliches Forschungsteam an der FernUniversität in Hagen im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung erstellt hat, zeigt, dass Frauen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in allen kommunalpolitischen Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Je wichtiger Ämter in der Kommunalpolitik werden, desto stärker sind Frauen unterrepräsentiert. Aber damit nicht genug: die aktuellen Zahlen belegen, dass der Frauenanteil in politischen Spitzenpositionen seit 2008 z. T. deutlich gesunken ist.

Die Ergebnisse geben jedoch auch Hinweise auf die wesentlichen Schlüsselfaktoren, die die Repräsentanz von Frauen beeinflussen: So spielen z. B. die Frauen-Quoten der Parteien spielen eine wesentliche Rolle. Deutlich erkennbar ist ein positiver Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in der Kommunalpolitik mit dem Wahlerfolg von Parteien mit Quotierungsregelung, wie bspw. Bündnis 90 / Die Grünen.

Als Grundschule der Demokratie und Ort, an dem Politik und Parteien ihr Personal rekrutieren, kommt der lokalen Ebene eine zentrale Funktion zu, wenn es darum geht, Frauen in politische Führungspositionen zu bringen und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Mit dem vorliegenden, aktualisierten Genderranking und der im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie „Die Hälfte der Macht im Visier - Der Einfluss der Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation der Frauen möchte die Heinrich-Böll-Stiftung wissenschaftliche Erkenntnisse verfügbar machen und den Wettbewerb der Kommunen um Geschlechtergerechtigkeit befeuern.

Wir danken dem Forschungsteam, Prof. Dr. Lars Holtkamp, Dr. Elke Wiechmann und Jan Pfetzinger an dieser Stelle herzlich für ihre engagierte Arbeit!

Heinrich-Böll-Stiftung  
Fachkontakt:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Judith Utz  
Schumannstr. 8  
10117 Berlin

# Zweites Genderranking deutscher Großstädte

Prof. Dr. Lars Holtkamp, Dr. Elke Wiechmann, Jan Pfetzing

FernUniversität Hagen, Institut für Politikwissenschaft, April 2010

Studie im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung

<b>1 Untersuchungsauftrag und -methodik</b>	<b>3</b>
<b>2 Ergebnisse des zweiten Genderrankings deutscher Großstädte</b>	<b>4</b>
<b>3 Detailanalyse der empirischen Ergebnisse</b>	<b>7</b>
3.1 Genderranking im Positionsvergleich	7
3.2 Genderranking im Ost-West-Vergleich	9
3.3 Genderranking im Wahlrechtsvergleich	10
3.4 Genderranking im Parteienvergleich	12

# 1 Untersuchungsauftrag und -methodik

Nachdem wir 2008 im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung das erste Genderranking deutscher Großstädte durchgeführt hatten, fanden zwischenzeitlich in fast allen Großstädten bis Ende 2009 Kommunalwahlen statt. Nachdem das erste Genderranking auf eine große mediale Resonanz stieß und sich die „Verliererstädte“ in der Lokalpresse für ihre extrem niedrigen Frauenanteile in der Kommunalpolitik rechtfertigen mussten, stellte sich für die Heinrich Böll Stiftung und uns als Forscher die Frage, ob einige Städte möglicherweise hieraus gelernt haben und bemüht waren höhere Frauenanteile in Politik und Verwaltung zu erreichen. Viele Städte hatten so mit der neuen Runde der Kommunalwahlen die Chance bei den Frauenanteilen stärker zuzulegen und einige Städte sind tatsächlich in unserem Ranking 2010 im Vergleich zu 2008 nach oben geschossen.

Im Januar bis März 2010 führten wir erneut unsere empirische Gender-Analyse durch. Von allen 79 Großstädten in Deutschland wurden die weiblichen Ratsanteile und Anteile in kommunalen Führungspositionen erhoben. Hierfür haben wir eine systematische Auswertung aller großstädtischen Internetseiten vorgenommen, die durch gezielte telefonische Abfragen in diversen Städten ergänzt werden musste. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich für die Kooperationsbereitschaft der Städte bedanken. Mit unserer Erhebung gibt es nun zum zweiten Mal für die deutschen Großstädte einen flächendeckenden Überblick über die Repräsentanz von Frauen in wichtigen Schlüsselpositionen, während Landes- und Bundesregierungen immer noch auf einheitliche Statistiken für diesen für die Gleichstellung hoch relevanten Bereich verzichten. Das Interesse die politische Unterrepräsentanz von Frauen abzubilden und die besonders rückständigen Städte und Bereiche zu „outen“, scheint von regierungsamtlicher Seite nicht sehr ausgeprägt zu sein. Während in Schweden und Norwegen schon seit Jahren auf Bundesebene ein Genderranking für Kommunen fest institutionalisiert ist, gab es hierzu bisher von Bundes- und Landesregierungen kaum nennenswerte Impulse.

## 2 Ergebnisse des zweiten Genderrankings deutscher Großstädte

Aus den erhobenen Frauenanteilen in den einzelnen politischen Positionen der Großstädte lässt sich ein Genderindex bilden, der die Grundlage auch unseres zweiten deutschen Genderrankings bildet, das detaillierte Angaben über die Repräsentation von Frauen im Städtevergleich präsentiert.

Folgende politische Positionen gingen als Indikator in den Genderindex ein:

Ratsmandate, Ausschussvorsitze, Fraktionsvorsitze, Dezernatsleitungen und das Oberbürgermeisteramt.

Für die ersten vier Positionen wurden die Gemeinden jeweils gesondert gerankt und in Quartile eingeteilt. Entsprechend der Quartilszugehörigkeit der Städte bei den einzelnen Positionen wurde der Wert 4, 3, 2 oder 1 zugewiesen, d. h. Großstädte, die unter den ersten 20 mit der höchsten Frauenrepräsentanz sind, beispielsweise bei den Ratsmandaten, bekommen für diese Position dann den Wert 4 zugewiesen. Für die Position der Oberbürgermeister(innen) als Variable mit nur zwei möglichen Ausprägungen wurde dagegen bei männlicher Besetzung der Wert 1 und bei weiblicher Amtsausübung der Wert 2 vergeben. Diese Werte für die betrachteten 5 Positionen werden zum Genderindex addiert. Haben Kommunen schließlich in einigen Fällen die gleiche Punktzahl auf dem Genderindex, ist der weibliche Ratsanteil entscheidend für die letztendliche Platzierung.

Auch bei unserem zweiten deutschen Genderranking ist die Stadt Frankfurt/M. deutlich die Siegerin. In Frankfurt sind 43 Prozent der Ratsmitglieder weiblich. Hinzu kommen selbstverständlich in der Wertung die Oberbürgermeisterin (Petra Roth) und die 50%ige Besetzung von Ausschussvorsitzen mit Frauen. Auch unter den Dezernatsleitungen sind immerhin 40% weiblich. Damit schneidet die Stadt Frankfurt bei fast allen Positionen mit der höchsten Punktzahl ab.

Der Klassenletzte des Rankings ist die Stadt Salzgitter. Hier sind Frauen in Führungspositionen absolute Mangelware. Frauen wurden weder unter den Fraktionsvorsitzenden und Dezernenten noch beim Oberbürgermeisteramt gesichtet. Unter den 10 Ausschussvorsitzen konnte lediglich eine weibliche Vorsitzende ausgemacht werden. Zugleich leistet sich die Stadt weiterhin, wie bereits 2008, den niedrigsten Frauenanteil im Kommunalparlament unter den Großstädten. Dies scheint eher typisch zu sein für die Großstädte im Tabellenkeller. Sie erreichen häufig nicht die „kritische Masse“ von über 30 % Frauen in den Parlamenten. Weil Frauen in diesen Kommunen nicht über eine hinreichende Machtbasis und Akzeptanz verfügen, sind sie auch kaum in der Lage in relevante Führungspositionen in Politik und Verwaltung zu gelangen. Der Frauenanteil im Stadtrat ist damit der wesentliche Schlüsselfaktor für die Erreichung einer paritätischen Repräsentanz und wird deshalb einen wesentlichen Schwerpunkt der folgenden empirischen Analyse bilden.

Neben Konstanz des aktuellen Genderrankings im Vergleich zu unserer ersten Erhebung in 2008 sind aber auf einigen Plätzen erhebliche Bewegungen zu verzeichnen. Besonders hervorhebenswert ist die Entwicklung in der

Landeshauptstadt Stuttgart, die u. a. aufgrund der grünen Wahlerfolge von Platz 37 auf Platz 2 „schoss“. Zwar konnten durch grüne Wahlerfolge und durch deutliche Steigerung des Frauenanteils der Partei „Die Linke“ einige Städte insbesondere ihre parlamentarische Frauenrepräsentanz verbessern, aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt durch die Trends in den anderen Parteien die Frauenrepräsentanz in den deutschen Großstädten 2010 stagniert bzw. bei einigen Führungspositionen sogar zurückgeht.

**Abbildung 1: Genderranking deutscher Großstädte 2010**

Platz	Stadt	Ratsman- dat in %	Rats- mandat	Fraktions- vorsitz	Dezer- nat	Ausschuss- vorsitz	OB	Index	Verä. Platz 2008
1	Frankfurt	43,0%	4	2	4	4	2	16	0
2	Stuttgart	40,0%	4	4	3	3	1	15	36
3	Münster	32,5%	3	3	4	4	1	15	6
4	München	43,8%	4	2	4	3	1	14	-2
5	Trier	42,9%	4	2	4	3	1	14	42
6	Dortmund	39,6%	4	4	3	2	1	14	4
7	Freiburg	39,6%	4	4	3	2	1	14	14
8	Aachen	37,8%	4	1	4	4	1	14	16
9	Potsdam	35,7%	3	3	4	3	1	14	13
10	Kassel	32,4%	3	3	3	4	1	14	-3
11	Ludwigshafen	30,0%	2	3	3	4	2	14	7
12	Osnabrück	46,0%	4	1	3	4	1	13	25
13	Nürnberg	42,9%	4	4	3	1	1	13	16
14	Erlangen	42,0%	4	3	3	2	1	13	-11
15	Wiesbaden	39,5%	4	2	4	2	1	13	15
16	Rostock	37,7%	4	2	3	3	1	13	-10
17	Hannover	35,9%	3	3	2	4	1	13	-5
18	Chemnitz	31,7%	2	1	4	4	2	13	8
19	Gera	21,7%	1	4	4	3	1	13	16
20	Karlsruhe	41,7%	4	4	2	1	1	12	34
21	Bonn	38,8%	4	2	2	3	1	12	20
22	Köln	36,7%	4	2	3	2	1	12	-8
23	Bielefeld	33,3%	3	4	2	2	1	12	49
24	Ulm	32,5%	3	4	3	1	1	12	7
25	Koblenz	32,1%	2	4	3	2	1	12	-6
26	Leipzig	31,4%	2	4	2	3	1	12	43
27	Reutlingen	30,0%	2	1	3	4	2	12	-19
28	Erfurt	30,0%	2	4	3	2	1	12	16
29	Fürth	46,0%	4	4	1	1	1	11	17
30	Heidelberg	40,0%	4	4	1	1	1	11	9
31	Düsseldorf	38,0%	4	2	1	3	1	11	-26
32	Oldenburg	36,0%	3	1	3	3	1	11	-21
33	Mannheim	35,4%	3	1	3	3	1	11	23
34	Paderborn	35,3%	3	4	1	2	1	11	31
35	Darmstadt	34,7%	3	2	1	4	1	11	-19

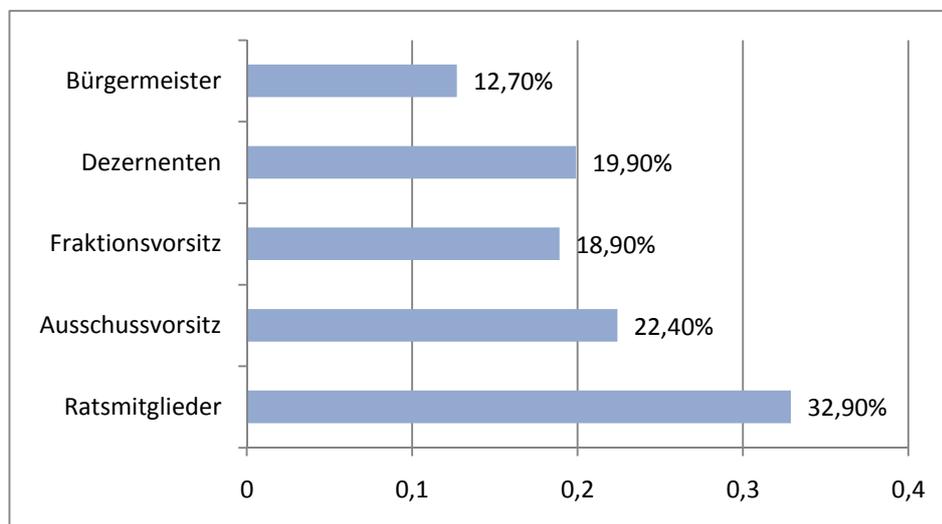
36	Saarbrücken	33,3%	3	1	2	3	2	11	-3
37	Moers	32,1%	2	2	3	3	1	11	-20
38	Gelsenkirchen	31,8%	2	4	2	2	1	11	24
39	Bottrop	31,5%	2	4	1	3	1	11	36
40	Siegen	31,4%	2	2	3	3	1	11	18
41	Herne	31,3%	2	3	3	2	1	11	27
42	Hamm	29,3%	1	3	3	3	1	11	-29
43	Witten	22,7%	1	3	1	4	2	11	30
44	Würzburg	38,0%	4	3	1	1	1	10	-21
45	Oberhausen	35,5%	3	1	1	4	1	10	15
46	Lübeck	33,3%	3	2	3	1	1	10	-42
47	Wuppertal	32,9%	3	2	1	3	1	10	17
48	Cottbus	32,0%	2	3	3	1	1	10	-3
49	Remscheid	31,5%	2	2	1	3	2	10	0
50	Wolfsburg	28,3%	1	2	3	3	1	10	-25
51	Bochum	28,0%	1	1	4	2	2	10	8
52	Jena	26,1%	1	4	3	1	1	10	26
53	Krefeld	25,9%	1	3	2	3	1	10	-19
54	Offenbach	36,6%	4	1	2	1	1	9	-6
55	Augsburg	35,0%	3	3	1	1	1	9	-2
56	Solingen	33,3%	3	3	1	1	1	9	-36
57	Kiel	31,0%	2	3	1	2	1	9	-14
58	Göttingen	30,4%	2	1	3	2	1	9	-16
59	Hildesheim	30,4%	2	1	3	2	1	9	-9
60	Mülheim	29,3%	1	1	2	3	2	9	-45
61	Essen	29,3%	1	2	2	3	1	9	-33
62	Halle	25,0%	1	1	1	4	2	9	-35
63	Leverkusen	25,0%	1	3	1	3	1	9	-11
64	Heilbronn	20,0%	1	3	3	1	1	9	3
65	Mainz	35,0%	3	2	1	1	1	8	-4
66	Ingolstadt	32,0%	2	3	1	1	1	8	-26
67	Regensburg	32,0%	2	1	3	1	1	8	3
68	Braunschweig	30,8%	2	2	1	2	1	8	-36
69	Dresden	28,6%	1	3	1	2	1	8	-6
70	Pforzheim	27,5%	1	4	1	1	1	8	-34
71	Mönchengladbach	22,7%	1	1	1	4	1	8	6
72	Magdeburg	21,4%	1	3	1	2	1	8	2
73	Recklinghausen	18,5%	1	2	3	1	1	8	-7
74	Neuss	35,5%	3	1	1	1	1	7	-17
75	Hagen	29,3%	1	1	1	3	1	7	-20
76	Bergisch Glad.	27,4%	1	1	2	2	1	7	-25
77	Duisburg	25,7%	1	3	1	1	1	7	-1
78	Iserlohn	22,0%	1	2	2	1	1	7	-7
<b>79</b>	<b>Salzgitter</b>	<b>17,0%</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>0</b>

### 3 Detailanalyse der empirischen Ergebnisse

#### 3.1 Genderranking im Positionsvergleich

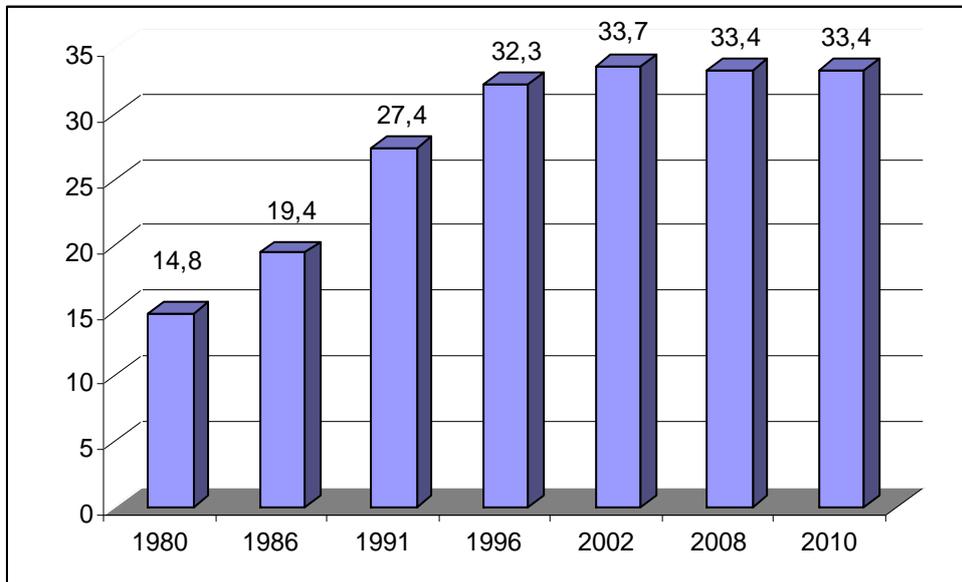
Das Ergebnis der Analyse der Führungspositionen ist eindeutig. Frauen sind in der großstädtischen Kommunalpolitik gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil auch 2010 unterrepräsentiert. Im Stadtrat ist die Unterrepräsentanz dabei etwas weniger ausgeprägt als in den Führungspositionen. Gerade in den zentralen politischen Führungspositionen ist die Unterrepräsentanz besonders gravierend. Nur knapp 13% der **Oberbürgermeister(innen)** sind weiblich. Ganz ähnlich niedrig ist der Frauenanteil bei den Fraktionsvorsitzenden der CDU und SPD mit 13,9 bzw. 12,7 %, die aufgrund der Größe dieser Fraktionen in den kommunalen Vorentscheiderstrukturen in der Regel ebenfalls eine herausgehobene Position einnehmen. Je höher die Machtpositionen, desto weniger Frauen haben Zugang zu diesen Positionen.

**Abbildung 2: Kommunale Führungspositionen**



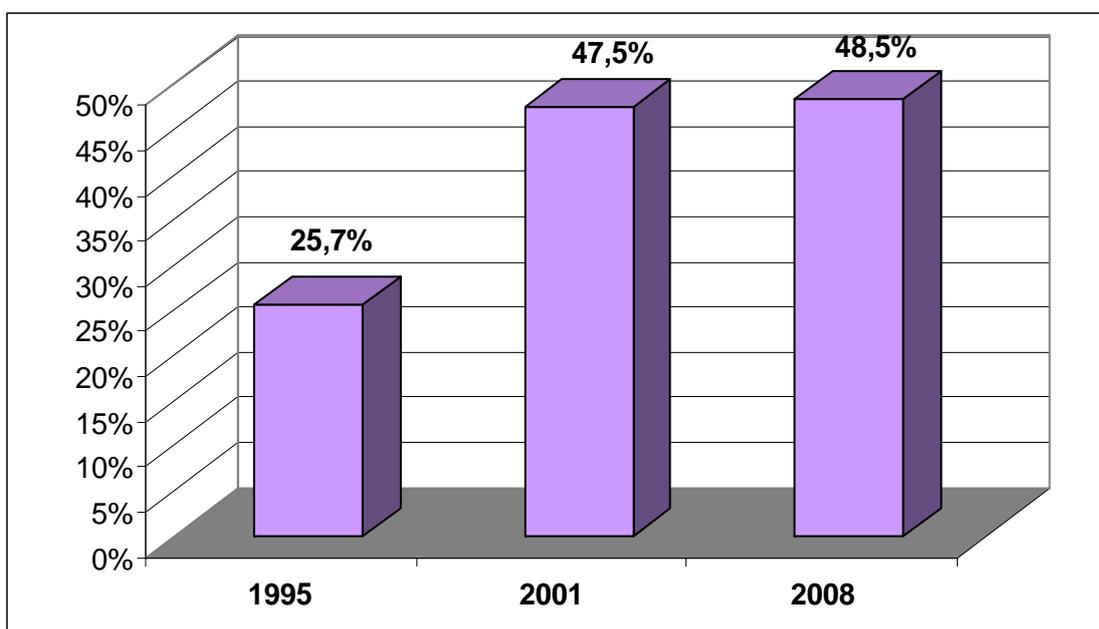
Im Vergleich zu den Ergebnissen unseres ersten Genderrankings (mit den Daten aus 2008) lassen sich hinsichtlich der Frauenrepräsentanz 2010, trotz der in fast allen Großstädten zwischenzeitlich stattgefundenen Kommunalwahlen und damit gegebenen Optimierungsmöglichkeiten, insgesamt keine Verbesserungen konstatieren. Der Ratsanteil der Frauen stagniert weitgehend. Was in den 1980er Jahren mit dem Einzug der Grünen als erster Quotenpartei so dynamisch begonnen hat und von der SPD aufgrund des Wettbewerbsdrucks imitiert wurde, hat sich als Mechanismus zur Erhöhung der durchschnittlichen Frauenrepräsentanz offensichtlich erschöpft. Die Quotenparteien erreichen tendenziell ihre Zielwerte in den westdeutschen Kommunen, während die Parteien und Wählergemeinschaften ohne Quote den durchschnittlichen Frauenanteil in den Großstadtparlamenten gravierend senken, sodass eine paritätische Repräsentanz seit Mitte der 1990er Jahre konstant mit einem ähnlichen, immer noch großen Abstand verfehlt wird.

**Abbildung 3: Entwicklung des Frauenanteils in westdeutschen Großstadtparlamenten**



Wenn eine paritätische Repräsentation in den Kommunalparlamenten tatsächlich angestrebt wird, ist dies in Deutschland wohl nur durch gesetzliche Quotenlösungen, wie beispielsweise in Frankreich, realisierbar, die tatsächlich alle Parteien zwingen eine ehrgeizige Quote einzuhalten. Die Erfahrungen in Frankreich haben gezeigt, dass so problemlos sogar in kleinen Kommunen die Parität in den Parlamenten gesichert wird. Die Frauen in Frankreich mussten so nicht über Jahrzehnte warten, bis von Wahl zu Wahl langsam der Frauenanteil steigt, sondern durch das Paritätsgesetz wurde innerhalb einer Wahlperiode der Frauenanteil annähernd verdoppelt und die Parität weitgehend erreicht.

**Abbildung 4: Frauenanteil in französischen Kommunalparlamenten**



Bei den wesentlichen Führungspositionen, die zu einem erheblichen Anteil durch den Stadtrat bzw. die Fraktionen mit stark ausgeprägter Frauenunterrepräsentanz weitgehend kontrolliert werden, lässt sich bei unserem Genderranking 2010 im Vergleich zu 2008 sogar ein leichter Rückgang in den deutschen Großstädten feststellen. So ist der Anteil von weiblichen Ausschussvorsitzen von 25,5% auf 22,4% geschrumpft<sup>1</sup>. Zudem ist der Anteil der weiblichen OBs von 17,7 auf 12,7 % in den deutschen Großstädten gesunken.

### *3.2 Genderranking im Ost-West-Vergleich*

Vergleicht man die Platzierungen im Genderranking insgesamt, lässt sich feststellen, dass die ostdeutschen Großstädte im Durchschnitt<sup>2</sup> mit Platz 28 vor den westdeutschen Großstädten rangieren (durchschnittlich Platz 40). Trotz der besonders geringen Frauenanteile in den ostdeutschen Stadträten, die sich hoch signifikant von den westdeutschen Großstädten unterscheiden, gelingt den ostdeutschen Kommunen dieses „Überholmanöver“. Das macht es notwendig, in der Analyse die einzelnen Positionsunterschiede näher zu betrachten (vgl. Abb. 5).

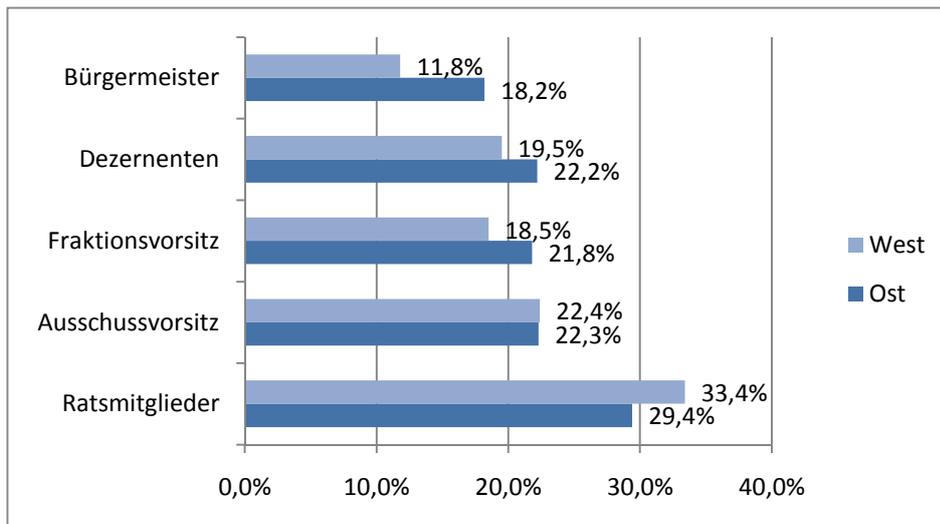
Deutlich wird dabei, dass die niedrigeren Ratsanteile durch die stärkere Präsenz in Führungspositionen, insbesondere mit hauptamtlicher Vergütung, in den ostdeutschen Kommunen kompensiert werden. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass die Frauenerwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR sich als gesellschaftliche Norm schon früh und fest etabliert hat, was den Zugang von Frauen zu hauptamtlichen Positionen in den Parteien heute erleichtert.

---

<sup>1</sup> Die kleineren Veränderungen bei den Fraktionsvorsitzen und Dezernenten heben sich demgegenüber eher auf.

<sup>2</sup> Als Mittelwert wurde generell der Median verwendet, der weniger durch „schiefe“ Verteilungen verzerrt wird als das arithmetische Mittel.

**Abbildung 5: Führungspositionen im Ost-West-Vergleich**

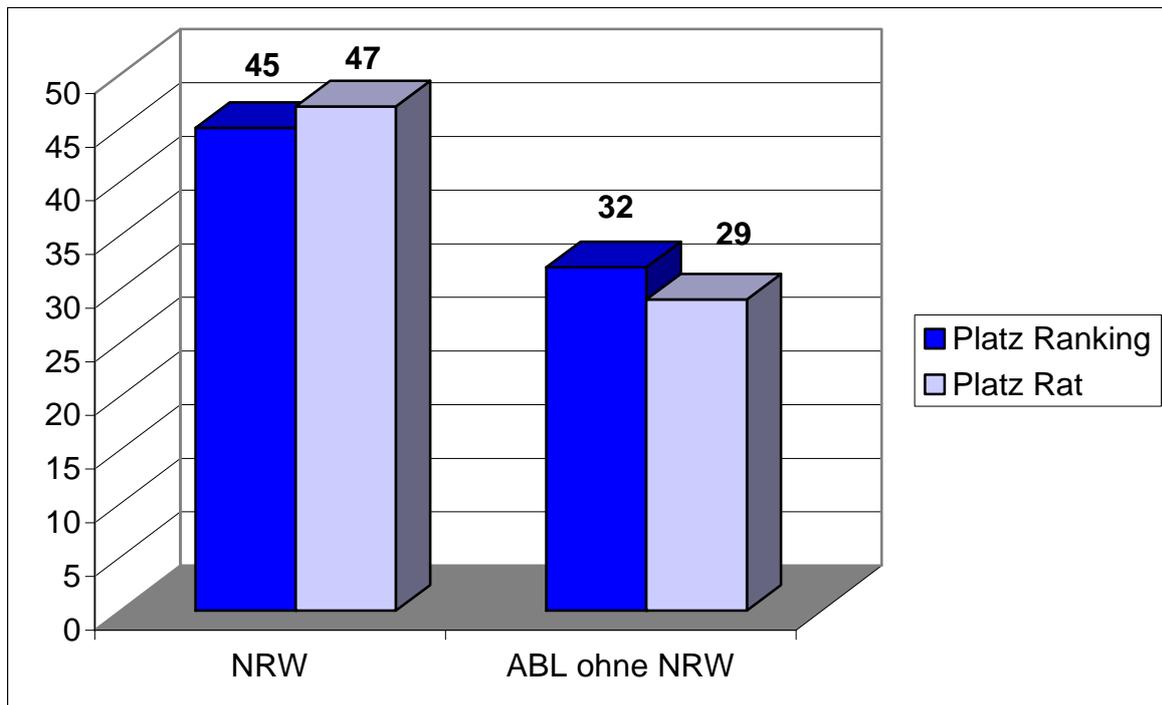


### 3.3 Genderranking im Wahlrechtsvergleich

Signifikante Unterschiede gibt es in unserem Genderranking 2010 auch in Bezug auf die nordrhein-westfälischen Großstädte zu konstatieren. Sie erreichen sowohl beim Genderranking als insbesondere auch bei den Frauenanteilen im Rat eine signifikant schlechtere Position im Vergleich zu den anderen westdeutschen Kommunen. Die schlechte Platzierung im Genderranking ist vor allem auf die besonders starke Unterrepräsentanz im Stadtrat zurückzuführen, während bei den Führungspositionen in NRW eher durchschnittliche Frauenanteile erreicht werden. Die NRW-Kommunen bilden mit einem durchschnittlichen Platz 45 in unserem Genderranking das Schlusslicht.

In unserem ausführlichen Forschungsbericht, der unter dem Titel „Die Hälfte der Macht im Visier“ von der Heinrich Böll Stiftung 2010 publiziert wurde, weisen wir eindeutig nach, dass diese niedrigen Frauenanteile in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten auf das Ratswahlrecht zurückzuführen sind.

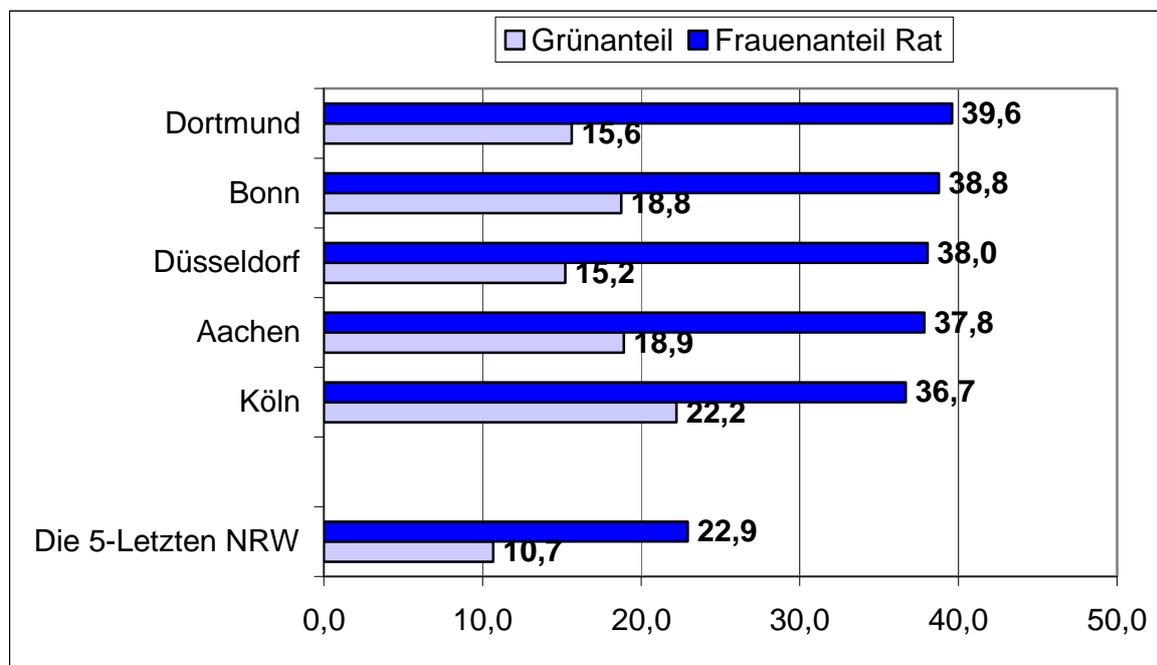
**Abbildung 6: Durchschnittliche Platzierung der NRW-Großstädte im Vergleich**



Während das Kommunalwahlrecht in den anderen Bundesländern als reines Verhältniswahlrecht dazu führt, dass die Kreisparteien zentral die Liste für die Großstädte aufstellen und zur Realisierung von Quoten Personalpakete geschnürt werden, gilt in nordrhein-westfälischen Kommunen immer noch das personalisierte Verhältniswahlrecht. Die Hälfte der Ratsmitglieder wird hier immer noch über Direktmandate gewählt. Diese werden in den Volksparteien faktisch einzeln in den kleinen Ortsvereinen vergeben. Dadurch können kaum Personalpakete geschnürt werden und die Quote ist hierauf kaum anwendbar bzw. wird systematisch unterlaufen. Das reine Verhältniswahlrecht als „Kumulieren und Panaschieren“ führt deshalb nachweislich konstant zu höheren Frauenanteilen in den westdeutschen Großstadtparlamenten im Vergleich zu den nordrhein-westfälischen Kommunen. Deshalb führen vorwiegend baden-württembergische und bayerische Großstädte bei den Ratsanteilen das Ranking an, während die überwiegende Anzahl der nordrhein-westfälischen Kommunen wegen des personalisierten Verhältniswahlrechts sich im „Tabellenkeller“ befindet.

Allerdings gibt es auch unter den nordrhein-westfälischen Kommunen einige wenige Vorreiter beim Frauenanteil in den Stadträten zu verzeichnen. Diese Städte, wie Dortmund, Bonn, Düsseldorf, Aachen und Köln, sind insbesondere Hochburgen von Bündnis 90 / Die Grünen, die als konsequente, westdeutsche Quotenpartei zu einer höheren Frauenrepräsentanz beitragen. In den fünf nordrhein-westfälischen Städten mit der niedrigsten Frauenrepräsentanz im Stadtrat von durchschnittlich knapp 23 % erreichen die Grünen demgegenüber für westdeutsche Großstädte sehr niedrige Anteile an den Ratsmandaten.

**Abbildung 7: Die Spitzenreiter und die Tabellenletzten in NRW beim Frauenanteil im Rat**



Dementsprechend lässt sich auch feststellen, dass der Aufstieg Stuttgarts durch grüne Wahlerfolge im Genderranking 2010 kein absoluter Ausnahmefall ist, sondern für die westdeutschen Großstädte ein positiver, signifikanter Zusammenhang zwischen Wahlerfolgen der Grünen und Steigerung der Frauenanteile konstatiert werden muss. Deutliche Wahlerfolge der Grünen führten also in einigen westdeutschen Fällen zu einer höheren parlamentarischen Frauenrepräsentanz.

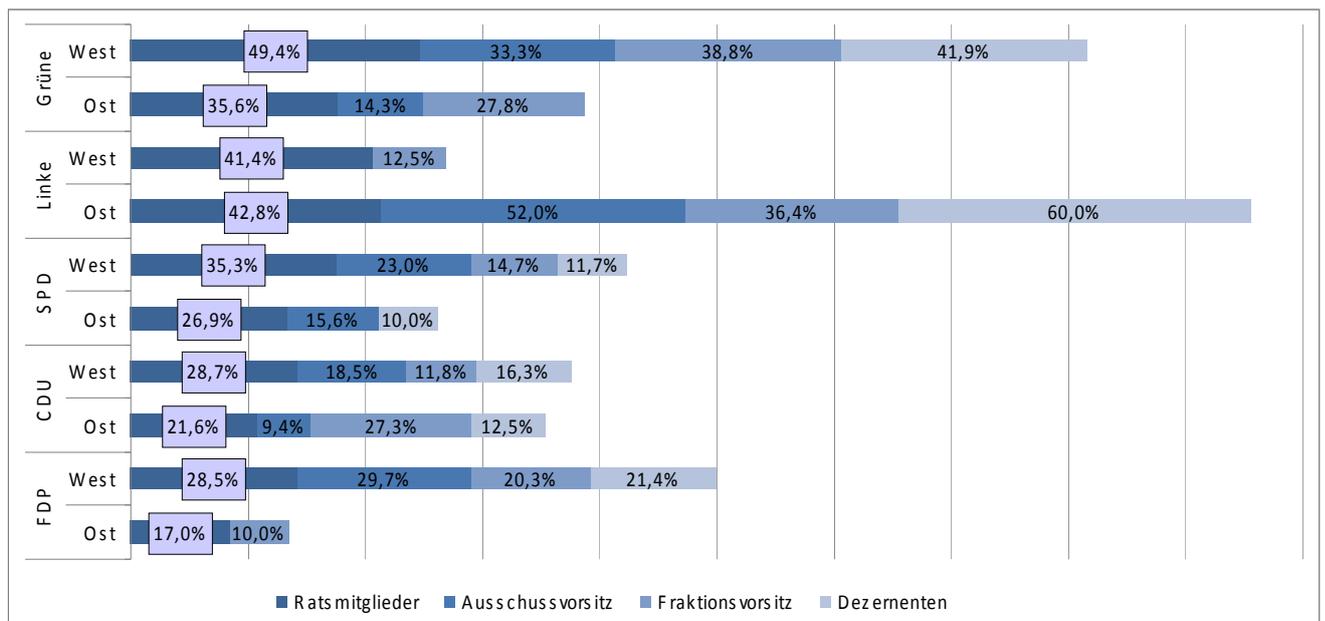
Damit ist zugleich übergeleitet zum Parteienvergleich, für den festzustellen ist, dass zunächst „im Westen nichts Neues“ zu berichten ist.

### 3.4 Genderranking im Parteienvergleich

Die Partei Bündnis 90 / Die Grünen führt so auch 2010 die Hitliste der Parteien bezüglich der Frauenrepräsentanz in den westdeutschen Großstädten eindeutig an. Insbesondere für die Ratsmitglieder erfüllen sie die paritätische Frauenrepräsentanz weitgehend. Das kann aber in einer differenzierteren Analyse nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Ostdeutschland die Grünen nicht annähernd ihre Quote realisieren. Dies mag zum Teil auf Rekrutierungsprobleme bei dem niedrigen Organisationsgrad der Partei zurückzuführen sein. Aber als alternative Erklärung würde sich ebenfalls anbieten, dass die informellen Gleichstellungsnormen bei der ostdeutschen, ehrenamtlichen Basis nicht so stark ausgeprägt sind, dass man(n) sich ernsthaft bemüht Frauen im gesellschaftlichen Umfeld der Großstädte aktiv zu

werben. Eine vertiefende Diskussion der Ursachen durch die Gesamtpartei wäre hier sicherlich angezeigt.

**Abbildung 8: Frauentheile in den unterschiedlichen Positionen nach Parteien**



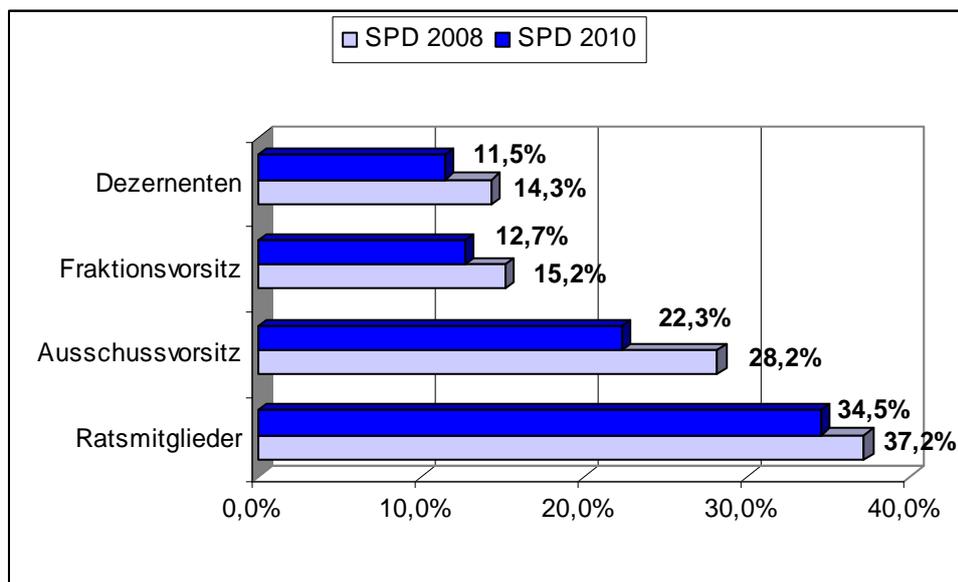
Anmerkung: Auf die Ausweisung von Positionen mit 0 % Frauenanteil wurde aus darstellerischen Gründen verzichtet.

Die Linke ist in unserem Genderranking 2010 eindeutig die Aufsteigerin unter den Parteien. Die Linke kann bei den Frauenanteilen im Rat im Vergleich zu 2008 in Ost- und Westdeutschland deutlich zulegen. Um beinahe 7%-Punkte ist der Frauenanteil bei den Ratsmitgliedern der Linken nach oben geschossen. Bei den Führungspositionen spaltet sich aber deutlich die Partei in Ost und West. In den westdeutschen Kommunen hat die Linke so beispielsweise bei den Fraktionsvorsitzen fast den niedrigsten Frauenanteil von allen Parteien mit 12,5 % und wird darin nur noch knapp von der CDU mit 11,8% unterboten. In der kleinen Zahl der ostdeutschen Großstädte agiert die Partei hingegen weitgehend vorbildlich und hat durch nochmalige Steigerung des Frauenanteils in 2010 eindeutig die „ostdeutsche Meisterschaft“ in unserem Genderranking errungen.

Bei der SPD sinken demgegenüber die Frauenanteile im Vergleich zu 2008. Auffällig ist insbesondere die extreme Unterrepräsentanz 2010 bei den herausgehobenen Führungspositionen. Ähnlich wie bei Bündnis 90 / Die Grünen und der Linken lässt sich bei der SPD bei den Ratsanteilen noch eine gewisse Bindung an die Quotierung erkennen. Die deutlich niedrigere Quote der SPD von 40% wird zumindest noch annähernd bei den Ratsmitgliedern in Westdeutschland erreicht. Bei den sehr niedrigen Frauenanteilen in den Führungspositionen unterscheidet sich aber die SPD nicht mehr von der CDU, die bekanntlich auf eine Quote verzichtet. Wenn die Quote

nicht direkt greifen kann, also bei herausgehobenen Einzelpositionen, dann dominieren auch in der SPD weitgehend die Männer, was insgesamt auf zu niedrige informelle Gleichstellungsnormen in der Partei hindeutet. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich in den durchweg großen SPD-Fraktionen durch gezielte Förderung keine Frauen für Führungspositionen finden lassen. In Ostdeutschland verschärft sich diese eklatante Unterrepräsentanz in der SPD noch mal, sodass sie dort in keiner Großstadt eine weibliche Fraktionsvorsitzende stellt und ihre 40%-Quote auch bei den Ratsmitgliedern deutlich unterbietet.

**Abbildung 9: Einbrüche bei den SPD-Frauen**



In nur zwei Jahren hat die SPD im Durchschnitt der Großstädte in allen Positionen beträchtlich ihre Frauenanteile gesenkt. Dieser gegenläufige Trend einer „Entfeminisierung“ ist unter den Parteien nur bei der SPD zu verzeichnen und „frisst“ die erreichten Zuwächse an Mandaten und Frauenanteilen bei der Partei „Die Linke“ und den Grünen auf. Über die Gründe für diesen Abwärtstrend der Frauenanteile bei der SPD lässt sich beim derzeitigen Forschungsstand lediglich spekulieren. Eine Erklärung könnte sein, dass die in der Boomphase der SPD in den 1970er und 1980er Jahren massenweise eingetretenen Frauen mit den letzten Kommunalwahlen in „Rente“ gegangen sind und bei insgesamt starkem Mitgliederrückgang in den letzten beiden Jahrzehnten zu wenig Nachdruck auf die Förderung weiblicher Führungskräfte gelegt wurde bzw. die nachwachsenden männlichen Ratsmitglieder ganz gerne bei Verteilung von Positionen unter sich geblieben sind. Wenn keine aktive Förderung von weiblichem Nachwuchs und weiblichen Ratsmitgliedern stattfindet, dann muss man(n) (scheinbar mangels Masse) auch nicht wegen der Quote zurückstehen, könnte ein mikropolitische Kalkül von Männern in der SPD sein.

Bei der CDU ist bei allen Positionen eher Stagnation im Vergleich zu 2008 auf einem sehr niedrigen Niveau zu konstatieren. Weil die CDU als Volkspartei ohne Quote sehr viele Mandate und Spitzenpositionen stellt, ist sie rein quantitativ, neben den

Einbrüchen der SPD, maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Frauenunterrepräsentanz in deutschen Großstädten immer noch so stark ausgeprägt ist. Hieran hat die Kanzlerschaft von Angela Merkel als mögliches innerparteiliches Vorbild offensichtlich nichts ändern können.

Schlusslicht bildet auch 2010 wieder die FDP, die bewusst auf alle Quotenlösungen verzichtet. Das führt insbesondere in den ostdeutschen Großstädten dazu, dass die FDP fast zu einem reinen Männerclub mutiert. Unter den 15 Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden ist lediglich eine Frau, der Frauenanteil von 17 Prozent in den dortigen Kommunalparlamenten ist zugleich der negative Spitzenwert. Damit ist die FDP das „Salzgitter“ unter den Parteien in unserem Genderranking. Der in der FDP propagierte freie „Elitewettbewerb“ hat eine extreme geschlechtsspezifische Schieflage, die bei dem zu erwartenden weiteren Verzicht auf Quotierung nur durch gesetzliche Quoten analog zum französischen Beispiel behoben werden kann.

Auch in der Politik scheint der faire Wettbewerb nur durch gesetzliche Regeln garantiert zu sein, wovon alle Parteien langfristig durchaus profitieren könnten. Bei limitiertem innerparteilichen Wettbewerb und bei offensichtlich begrenzter Auswahl für Führungspositionen, gerade auch auf Landes- und Bundesebene der Partei, kann eine „Frischzellenkur“ an der Basis eigentlich nur gut tun. Der bei gesetzlichen Quoten zu erwartende „massenweise“ Neueinzug von weiblichen Ratsmitgliedern bei FDP, CDU und SPD würde das Gesicht der traditionellen Parteien gravierend „von unten“ verändern und die Eliteauswahl auf den höheren föderalen Ebenen längerfristig „beleben“.